

Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
EJPD  
Bundeshaus-West  
3003 Bern

Zürich, 14. Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Gesellschaft Schweiz-Israel begrüsst den Entscheid des Bundesrates, für den Schutz jüdischer und anderer Minderheiten einen Betrag von jährlich CHF 500'000 zur Verfügung zu stellen. Dass dieser Entscheid am Tage des Attentats von Halle fiel, zeigt, wie notwendig und überfällig er war.

Wir wenden uns an Sie, weil er aus unserer Sicht nur ein erster Schritt sein kann. Wir gehen davon aus, dass der Bundesrat nach Halle eine neue Beurteilung der Bedrohungslage vornehmen und zur Überzeugung gelangen wird, dass die in Aussicht gestellten Mittel nicht ausreichend sein werden. Die bittere Tatsache, dass auch in unserem Land eine international vernetzte Szene potenzieller Gewalttäter vorhanden ist, sollte bei einer Neubeurteilung wegleitend sein.

Die vergangene, teilweise nicht sehr würdevolle Diskussion über die Notwendigkeit einer Bundesbeteiligung an den Sicherheitskosten, erfüllt uns mit Sorge. Wir erinnern nur an den Entscheid des Bundesrates von November 2017, als dieser die Meinung vertrat, die jüdische Gemeinschaft solle eine Stiftung gründen und selbst für die Sicherheitskosten aufkommen.

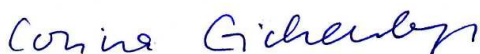
Wir sind Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr verbunden, wenn der Bundesrat angesichts bereits bekannter und neuester Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Attentaten in Halle, und früheren anderorts in Europa, die Tauglichkeit und Wirksamkeit des vorgesehenen Bundesbeitrages einer Überprüfung unterziehen würde.

Die jüdischen Frauen, Männer und Kinder müssen in unserem Land sicher sein. Es darf nicht geschehen, dass sie ihre Heimat Schweiz verlassen wollen, weil sie sich nur noch in Israel sicher fühlen.

Mit freundlichen Grüssen

**Gesellschaft Schweiz-Israel**

Die Zentralpräsidentin:



Corina Eichenberger-Walther